



22. ordentliche Landesdelegiertenversammlung der SGK NRW | 17. April 2026

19. ordentliche Delegiertenversammlung der Bundes-SGK | 18. April 2026

Kommunaler Abend | 17. April 2026

„Evonik-Stammtisch“ Signal Iduna Park (Westfalenstadion) in Dortmund

**Abendrede
Sigmar Gabriel**

Abendrede Sigmar Gabriel

Liebe Genossinnen und Genossen,

vielen Dank für die Einladung heute zu Eurer Delegiertenkonferenz der Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik hier in Dortmund sprechen zu dürfen. Für mich ist das zumindest insofern eine „Premiere“, als es das erste Mal ist, seit meinem ja nicht ganz freiwilligen Ausscheiden aus der aktiven Politik vor acht Jahren, dass ich wieder auf einer Veranstaltung der Bundes-SPD spreche.

Das ist ungefähr also so lange her, wie ich einmal der Vorsitzender unserer Partei war. Inzwischen hat sich vieles verändert, aber eines ist gleichgeblieben: In den Städten, Gemeinden und Landkreisen zeigt die SPD noch immer am besten, dass sie siegen und gewinnen kann!

Und auch wenn es in diesen acht Jahren auch für die SPD-Kommunalpolitik schwieriger geworden ist und wir selbst in einst sicher geglaubten Hochburgen herbe Verluste wie hier in Dortmund haben hinnehmen müssen, so zeigen doch tausende von SPD-Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern immer wieder, wie man sozialdemokratische Politik für die Menschen in Städten und Landkreisen verständlich, nachvollziehbar und damit mehrheitsfähig macht.

Und das überall in der Republik, ob in Bayern oder in Niedersachsen, im Saarland oder in Sachsen oder in Hessen, Thüringen oder Mecklenburg-Vorpommern. Und natürlich auch hier im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen.

Ich sage das am Anfang, weil das der Beweis ist, dass es eben keine Regionen in Deutschland gibt, die quasi von Natur aus verlorenes Terrain für die SPD wären. Natürlich ist es in Baden-Württemberg, Bayern oder in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen schwieriger für uns. Aber immer wieder zeigen engagierte Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker auch dort, wie und dass man Mehrheiten gewinnen kann.

Ich bitte von vornherein um Nachsicht, wenn ich nur ein paar von Euch stellvertretend nennen kann. Hier vor mir steht Frank Baranowski, der heute nicht mehr aktiv ist, aber in seiner Zeit als Oberbürgermeister in Gelsenkirchen großartiges geleistet hat. Er war der erste, der auf die fatalen Entwicklungen des Ankaufs von Schrottimmobilien durch zwielichtige Gestalten und Unternehmen hingewiesen hat, die dann wiederum zum Teil menschenunwürdige Wohnungen an Familien aus Rumänen und Bulgaren vermieteten, deren Mütter für vier, fünf oder mehr Kinder Kindergeld in Deutschland bekamen, obwohl ihre Kinder in ihren Heimatländern geblieben waren, und die Männer der Familien sich morgens ab 4.30 Uhr auf den einschlägigen Straßen auf dem sogenannten „Arbeiterstrich“ als Tagelöhner verdingten. In der Folge zogen sozial integrierte Familien aus diesen Straßenzügen wie der Bochumer Straße weg und drei Mal dürft Ihr raten, wer diese Häuser dann aufgekauft hat?

Abendrede Sigmar Gabriel

Niemand wollte damals mit uns über diese Ghettoisierung in unseren Großstädten sprechen, denn es war ja weiß Gott kein Gelsenkirchener Problem. Ob Mannheim, Dortmund, Köln oder die Großstädte des Nordens und des Südens, die Probleme wuchsen überall, aber unter der Überschrift „Europäische Arbeitnehmerfreizügigkeit“ gab es angeblich keine Instrumente hier einzugreifen.

Initiiert durch Frank Baranowski finanzierten wir dann im Bundeshaushalt, übrigens gemeinsam mit dem damaligen CDU-Finanzminister ein Aufkaufprogramm für solche Schrottimmobilien durch unsere Städte und Gemeinden, um dieser Entwicklung Einhalt zu geben. Mein Eindruck, wenn ich so durch Deutschlands bahnhofsnahe Stadtteile fahre, dann haben sich die damaligen Probleme eher verschärft, als dass sie gelöst wären. Ich wünsche mir eine SPD, die gerade in den Städten, in denen der Wohlstand der Bundesrepublik die letzten gut 80 Jahren wieder aufgebaut wurde – und das gilt insbesondere für das Ruhrgebiet, für Mannheim oder Ludwigshafen – endlich ein großes Stadtsanierungsprogramm ausgerollt wird, mit dem wir in den kommenden 10 bis 15 Jahren mit einer großen gesellschaftlichen Kraftanstrengung einen Teil dessen zurück geben, was wir alle durch Kohle, Stahl und Chemie von dort an Wohlstand bekommen haben. Wir Sozialdemokraten würden damit endlich wahr machen, dass es in Deutschland keine „lost places“ gibt.

Aber mir fallen natürlich aus der Kommunalpolitik noch ein paar Freunde ein, weil ich sie persönlich kenne wie Burkhard Jung aus Leipzig oder Thomas Jung aus Fürth, die es auch in sozialdemokratischen Diasporen schaffen, Mehrheiten zu gewinnen. Das Gleiche gilt aber auch für Frederick Brütting aus Aalen in Baden-Württemberg, Tobias Kascha aus Wernigerode in Sachsen-Anhalt und Kurt Kreuch aus Gotha in Thüringen. Ich könnte aber noch viele andere nennen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Kommunalpolitik ist nicht das Reserverad der Politik, sondern sollte endlich wieder das Steuerrad sozialdemokratischer Kursbestimmung sein.

Für die SPD muss wieder der alte Toyota-Werbeslogan gelten: „Nichts ist unmöglich!“ (Leider gilt dieser Spruch bei uns gelegentlich in die falsche Richtung.) Dieses Selbstbewusstsein und diesen Siegeswillen braucht unsere Partei, wenn sie wieder stärker werden will. Und sie sollte sich zuallererst fragen, was die Kommunalpolitik der SPD richtig macht und was offenbar zu oft auf Landes- und Bundesebene fehlt.

Die Antwort darauf ist nicht schwer zu finden: Erfolgreiche Kommunalpolitik redet nicht ständig darüber, „nah bei den Menschen“ sein zu wollen, sondern sie ist es einfach. Jeden Tag und bei der Beantwortung aller kleinen und größeren Aufgaben und Herausforderungen. Eine SPD, die sich bei der Formulierung ihrer Politik stets zuerst fragt, was uns eigentlich unser gesunder und praktischer Menschenverstand sagt und

Abendrede Sigmar Gabriel

nicht, ob man damit „rechts“ oder „links“ in der SPD verortet wird. Eine solche SPD, die wird auch wieder mehrheitsfähig.

Zudem lernt man in der Kommunalpolitik am besten, was in der Politik zu Erfolg und zu Misserfolg führt. Und hier vor Ort, hilft kein Verweis auf einen Koalitionsausschuss, wenn der Bürgermeister oder das Ratsmitglied auf dem Marktplatz auf Probleme in der Stadt angesprochen werden.

Die beste Schule der Politik ist und bleibt die Kommunalpolitik!

Als Vorsitzender der SPD wollte ich mal das Organisationsstatut der SPD ändern lassen, damit jemand, der zum Bundestag oder Landtag kandidieren will vorher mindestens eine Periode als gewählter Kommunalpolitiker vorweisen kann --- Ihr werdet Euch vielleicht vorstellen können, an wem dieser Vorschlag gescheitert ist.

Stattdessen entwickelte sich in den Jahren und Jahrzehnten eine immer tiefer werdende Spaltung in der SPD. Eine Spaltung anderer Art als die in links und rechts. Sondern eine Spaltung in eine Montags-bis-Freitags-Partei – das waren und sind die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker einerseits - und eine Wochenendpartei – das sind diejenigen, die wir auf den Parteitag finden. Es gibt Landesverbände, in denen sagen einem die Bürgermeister ganz offen, dass sie ihre Zeit nicht mit verrückten Debatten und innerparteilichem Streit auf Bezirks- oder Landesparteitagen vergeuden wollen und deshalb lieber kein Delegierter oder keine Delegierte werden möchten.

Und nicht selten kann man das verstehen. Aber es hat eben zu einer Entfremdung von Kommunalpolitik und Bundespolitik in der SPD geführt, für die ich zwei Beispiele nennen will,

ein etwas älteres und ein ganz aktuelles Beispiel:

Mitten in der Flüchtlingskrise ab 2015 hatte ich damals die SPD-Kommunalpolitikerinnen und -politiker in den deutschen Bundestag eingeladen, um mit ihnen über die Herausforderungen zu sprechen. Während die übergroße Mehrheit der SPD-Bundespolitiker noch jede Diskussion über die Grenzen der Belastbarkeit harsch ablehnte, weil man damit angeblich zu nah an die Positionen der AfD oder Horst Seehofers käme, stand genau diese Sorge über die Grenzen der Belastbarkeit im Mittelpunkt unserer Kommunalpolitiker.

Viel realistischer als unsere damaligen Bundesparteitage beschrieben die Kommunalpolitiker die mit der großen Zahl an Zuwanderern verbundenen ungelösten Aufgaben: zu wenig bezahlbaren Wohnraum, zu wenig Sprachförderangebote, zu wenig Kitaplätze und zu große Schulklassen und vieles andere mehr. Denn die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker wussten: Wenn wir diese Herausforderungen nicht stemmen, dann verlieren die Menschen schrittweise das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit demokratischer Politik.

Abendrede Sigmar Gabriel

Frank-Walter Steinmeier, damals noch Außenminister, und ich haben in dieser Zeit ein großes Integrationspaket im Wohnungsbau, in der Stadtsanierung und der Bildungspolitik für alle in Deutschland lebenden gefordert, das nicht unterscheidet zwischen Zuwanderern und hier bereits Lebenden. Denn keinen Satz haben wir damals so oft gehört wie „Für die macht ihr alles, für uns aber ist kein Geld da.“

In der Partei bekamen wir den Vorwurf, mit solchen Vorschlägen würden wir ja das Argument der AfD bestätigen, dass die Zuwanderer die Interessen der Deutschen bedrohten. Dabei wollten wir mit einem großen Solidarpaket in Deutschland gerade zeigen: keiner wird zurückgelassen oder vergessen.

Heute ist es längst Allgemeingut, dass es faktische Grenzen der Aufnahmefähigkeit auch Deutschlands gibt und dass das Hauptproblem der Zuwanderung 2015/2016 eben war, dass zu viele in zu kurzer Zeit kamen.

Die SPD-Bundespolitik war von dieser Erkenntnis weit entfernt. Auf dem Bundesparteitag mussten wir uns damals anhören, dass Angela Merkel die bessere Sozialdemokratin sei. Die Angela Merkel, die längst mit Viktor Orbán in Ungarn dafür Sorge getragen hatte, dass die Fluchtroute über den Balkan gesperrt wurde und längst in ihrer praktischen Politik eine 180 Grad Wende vollzog, weil ihr sonst ihre Partei um die Ohren geflogen wäre.

Die SPD bestand damals (wie übrigens auch heute) praktisch aus zwei Parteien: die Montags-bis-Freitags-Partei, das waren die Kommunalpolitiker, die täglich versuchten die Aufgaben zu bewältigen. Und die Wochenendpartei der SPD auf Parteitag, die vorzugsweise beschließen wollte, was die Montags-bis-Freitags-Partei so alles zu tun habe. Natürlich ohne zu sagen, wo das Geld und die administrativen Hebel dafür herkommen sollen.

Leider ist in der SPD eingerissen, dass diese beiden Teile der Partei immer seltener in Kontakt treten. Die Montags-bis-Freitags-SPD will nicht auch noch am Wochenende ihre Zeit für die SPD auf Parteitag verbringen. Deshalb trifft sich dort immer häufiger ein Teil der SPD, der im Alltag nicht die Verantwortung für das übernehmen muss, was so auf Parteitag beschlossen wird. Diese Entkopplung zwischen scheinbar „oben“ und „unten“ in der SPD muss ein Ende haben, wenn die SPD wieder auf breiter Front mehr Vertrauen gewinnen will.

Denn, liebe Genossinnen und Genossen,

mit der SPD wird es nicht besser werden, wenn Ihr Kommunalpolitiker nicht wieder auf Parteitag – vom Unterbezirk und Kreis über die Landesebene bis zu den Bundesparteitagen – wieder Eure Stimme erhebt, dort präsent seid und für Debatten sorgt, bei denen der Alltag der Menschen und pragmatische Lösungen im Mittelpunkt stehen. Und hier seid Ihr nun mal gefordert.

Abendrede Sigmar Gabriel

Das zweite Beispiel konnten wir diese Woche in der Energiepreis-Debatte erleben. Mal abgesehen von der Bodenlosigkeit der CDU-Wirtschaftsministerin und ihren Angriffen auf Lars Klingbeil und die SPD, machen es wir Sozialdemokraten auch uns selbst dann schwer, wenn unsere Lösungsvorschläge bürokratisch, unverständlich und kompliziert klingen. Kein Mensch weiß, wie eine Übergewinnsteuer organisiert werden kann und vor allem: bis das der Fall wäre, hätten alle weiterhin die viel zu hohen Energiepreise bezahlen müssen.

Es liegt doch auf der Hand und entspricht dem gesunden Menschenverstand, wenn der Staat zuerst mal auf seine sehr eigenen hohen Energiesteuern verzichtet – zumal er ja an steigenden Spritpreisen mitverdient –, damit die Senkung der Preise sofort wirksam wird. Eine Regierung, die wochenlang über Markteingriffe streitet, während für die Bürgerinnen und Bürger die Preisanzeigen an den Tankstellen immer weiter nach oben steigen, muss sich nicht wundern, wenn sie in den Meinungsumfragen nicht aus der Talsohle herauskommt.

Unsere Antworten sind oft viel zu kompliziert und zu weit weg vom Alltagssachverstand unserer Bürgerinnen und Bürger. Erst wenn sich das wieder ändert, dann wird die SPD auch wieder verstanden werden. Und verstanden zu werden, ist die wichtigste politische Voraussetzung, um Wahlen gewinnen zu können.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir treffen uns hier und heute in einer Zeit, in der wir als Sozialdemokraten fast täglich mit Untergangsszenarien für unsere über 160 Jahre alte Partei konfrontiert werden.

Nun ist das spätestens seit dem Diktum von Ralf Dahrendorf, der bereits 1983 zu erkennen glaubte, dass die SPD sich überlebt habe, nichts Neues. Und trotzdem haben immer wieder viele tausend Mitglieder der SPD diese Prognosen im politischen Alltag unseres Landes widerlegt und überlebt.

Also Abwarten und Tee trinken? Ganz so einfach sollten wir es uns nicht machen, denn die Wahlergebnisse vor allem auf Bundes- und Landesebene sind bedrückend:

Wir müssen nicht zu weit in die Parteigeschichte zurückgehen, nicht auf das Jahr 1887, als wir so wenige Stimmen-Prozente bei einer bundesweiten oder damals reichsweiten deutschen Parlamentswahl erreicht haben wie beim letzten Bundestagswahlergebnis 2025, als wir von den Wählern mit nur noch 16,4 % abgefertigt wurden.

Tatsächlich haben wir im letzten Jahr noch gut 8 Millionen Zweitstimmen erhalten. 2021, also vier Jahre zuvor, waren es fast 12 Millionen, ganz zu schweigen von der Bundestagswahl 1998, als wir über 20 Millionen Zweitstimmen gewonnen haben. Erst ein Vierteljahrhundert her und doch Lichtjahre entfernt.

Abendrede Sigmar Gabriel

Bei den Landtagswahlen ist es im Trend nicht anders. Nicht dass man mal eine Wahl verliert, dass es einen Wechsel in den Staatskanzleien gibt, ist das Problem. Das wirkliche Problem ist die Auszehrung und Ausdünnung der SPD in vielen Teilen des Landes und damit in den Ländern. Eine Partei, die in fünf Ländern inzwischen weit unter der 10-Prozent-Marke rangiert, verliert sozusagen ihr Fundament. Und in diesen fünf Ländern im Süden und im Osten unserer Republik leben fast 40% der bundesdeutschen Wahlbevölkerung.

Die Folge: Die SPD wird zu einer „Insel-Partei“, die nicht mehr überall präsent ist – von Stärke einmal ganz abgesehen. Und wer nicht mehr präsent ist und kraftvoll Interessen vertreten kann, der wird nicht mehr gesehen und irgendwann auch gar nicht mehr gewählt. Das Landtagswahlergebnis in Baden-Württemberg hat mich persönlich tief erschüttert. Eine SPD, die in einem westdeutschen Flächenland mit zigtausenden Industriearbeitsplätzen nur noch knapp in den Landtag kommt – das war für mich völlig unvorstellbar. Und das kann niemanden kalt lassen, weil wir unseren Anspruch Schritt für Schritt in immer mehr Regionen unseres Landes verlieren, Volkspartei zu sein.

Die SPD verliert bei den Wahlen in der Regel in alle Richtungen. Und eine Partei, die in alle Richtungen verliert, besitzt offenbar kein Profil mehr in den Augen der Wählerinnen und Wähler. Und wenn die SPD behauptet, sie sei die Partei der sozialen Gerechtigkeit, dann müsste man ja eine Idee davon haben, was denn soziale Gerechtigkeit heute bedeuten soll? Angesichts der Entwicklungen der Sozialausgaben im Bundeshaushalt müsste die SPD ja geradezu an Wählerzustimmung explodieren, denn die Ausgaben dort sind von 127 Milliarden € auf 190 Mrd. Euro angestiegen.

Offenbar vermissen unsere Wählerinnen und Wähler an uns etwas anderes als die Bereitschaft den Sozialstaat auszubauen.

Sozialdemokraten haben immer dann Wahlen gewonnen, wenn mit ihrer Politik ein Hoffnungsüberschuss verbunden war. Angesichts von Krieg und Handelskriegen, Massenentlassungen in der Industrie, mangelndem Wohnraum und steigenden Lebenshaltungskosten überwiegt aber ein Angstüberschuss. Und der hat die Deutschen schon immer nach rechts und rechtsaußen getrieben und nie nach links.

Wie kann die SPD wieder Hoffnung verbreiten? Sicher nicht mit sich wiederholenden Forderungen nach Steuererhöhungen von Besserverdienenden. Keiner glaubt doch, dass er am Ende nicht auch dabei ist und höhere Steuern zahlen muss, vor allem aber glaubt niemand, dass diese höheren Steuern zu etwas Vernünftigem eingesetzt werden. Denn die Menschen sind ja nicht blöd: Sie sehen ja, dass wir die höchsten Steuereinnahmen und die höchsten Schulden unserer Geschichte haben und trotzdem nicht genug Wohnungen gebaut oder Schulen saniert werden.

Die SPD muss sich an die harte Arbeit machen, in einem neuen Godesberger Programm ihre Politik an das 21. Jahrhundert und seine Herausforderungen anzupassen. Und das bedeutet vor allem, sich die Frage zu stellen, wie wir in Europa unsere Freiheiten und Demokratie gegen die wachsende Zahl autoritärer Mächte verteidigen können. Die Wahl

Abendrede Sigmar Gabriel

in Ungarn hat gerade gezeigt, dass diese Sehnsucht nach Freiheit und Gerechtigkeit nach wie vor heiß brennt.

Europa muss wieder stärker werden, aber eben nicht nur militärisch, sondern vor allem wirtschaftlich. Die SPD darf sich nicht auf das Feld der Sozialpolitik zurückdrängen lassen, denn wir sind eine Partei derjenigen, die die Werte schaffen und die sie nicht nur gerecht verteilen will.

Willy Brandts Lebenserinnerungen hießen übrigens nicht „links und gerecht“, sondern „links und frei“. Der Sozialstaat war für ihn und für die Sozialdemokraten des 20. Jahrhunderts nicht zuallererst ein Gerechtigkeitsprojekt, sondern vor allem ein Freiheitsprojekt.

Soziale Gerechtigkeit, also dass es fair zugeht bei den Bildungschancen, dass es Löhne und Gehälter gibt, von denen man auch wirklich am Leben in Deutschland teilhaben kann und Sozialversicherungen, die bei Krankheit oder Arbeitslosigkeit einspringen und eine Rentenversicherung, die ein würdiges Leben im Alter sichert.

Das alles sind Bedingungen, damit Menschen in Deutschland frei leben können – frei nicht nur von Not und Armut, sondern vor allem frei, um aus seinem Leben etwas zu machen. Die Menschen sollten keine Furcht vor Armut haben, wenn sie einmal arbeitslos würden, sondern sie sollten sich sicher fühlen, dass sie mit Anstrengung und Arbeit auch einen sozialen Aufstieg erreichen und ihren Kindern das Gleiche ermöglichen können.

Das allerdings erfordert auch die Anstrengung jedes Einzelnen. Kein Staat und keine Partei können ein gelungenes Leben sichern. Aber Bedingungen schaffen, dass jedes Leben gelingen kann und nicht abhängt vom Einkommen der Eltern, vom Geschlecht oder der Herkunft, das ist die Aufgabe sozialdemokratischer Politik.

An diesen Bedingungen dürfen wir nicht rütteln lassen. Wenn CDU und CSU jetzt mit brutalen Forderungen nach Sozialkürzungen antreten, wie eine Renteneintrittsalter erst nach 70 oder das Ausgliedern von Zahnersatz aus den Leistungen der GKV, dann sage ich Euch voraus, dass dies die nächste Welle der Stärkung der AfD zur Folge haben wird. Die ostdeutschen Agitatoren der AfD warten schon sehnsüchtig darauf, dass die Große Koalition bereit ist, auch große Fehler zu machen.

Ja, es gibt Reformbedarf. Aber lasst uns mal bei den Bürokratiekosten anfangen. Vieles wird durch den Einsatz von KI preiswerter und kleine Nachbarstaaten wie Estland zeigen uns seit Jahren, wie man ein effizienteres Gesundheitssystem durch konsequente Digitalisierung schafft.

Liebe Genossinnen und Genossen,

unser größtes Problem scheint mir zu sein, dass wir noch nicht wirklich realisiert haben, wie sehr Deutschland derzeit in einem nahezu perfekten Sturm steht : Alles, was uns in

Abendrede Sigmar Gabriel

den letzten 35 Jahren erfolgreich und relativ wohlhabend gemacht hat, dreht sich derzeit **gegen uns:**

Aus offenen Handelsbeziehungen und weltweit sinkenden Zöllen wurden neue Handelskriege und neue Handelsbarrieren bei denjenigen, die sich von der Globalisierung betrogen fühlen;

Aus sicher geglaubten Rohstoffen wie z.B. russischen Öl wurden wesentlich teurere und unsichere Rohstoffquellen und dass nicht nur im Ölmarkt, sondern in praktisch allen wichtigen Zuliefererbereichen;

Statt friedlicher Konfliktschlichtung durch die Institutionen der UN wurden diese Institutionen quasi geschliffen – mehr noch: offene Kriege sind ausgebrochen: nicht nur in der Ukraine und im Nahen Osten, auch im Sudan, zwischen Pakistan und Indien und an vielen anderen Stellen der Erde;

Und das Land, das in den letzten 80 Jahren versucht hat, die internationale Ordnung der Nachkriegszeit des II. Weltkrieges aufrechtzuerhalten, hat sich aus dieser Aufgabe ebenso verabschiedet wie aus Europa. Die USA, unverzichtbarer Geburtshelfer des demokratischen Deutschlands, der Wiedervereinigung und der Europäischen Union sehen in all dem heute ihre Gegner. Europa ist auf sich allein gestellt. Rhetorisch sagt das jeden Tag ein europäischer Politiker, doch in der Realität bleiben wir schwach und zerstritten.

Wie wir in Deutschland und Europa diesen perfekten Sturm überleben, ist die eigentliche Aufgabe der Politik unserer Zeit. Und seid mir nicht böse: nicht die abstrakten Gerechtigkeits- und Steuerdebatten, von denen wir ohnehin wissen, dass sie mit den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen unerreichbar sind.

Es geht jetzt ums Ganze: Um unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, um unsere Wettbewerbsfähigkeit und um den Erhalt unserer industriellen Kerne. Erst wenn wir das nachhaltig schaffen, bleibt auch wieder mehr zum Verteilen übrig. Das ist eine Binsenweisheit, aber die Öffentlichkeit scheint in großen Teilen unsere SPD als eine Partei zu sehen, bei der Verteilungsfragen zuerst und zu Lasten der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gelöst werden sollen.

In der Regierungspraxis unserer Partei waren wir übrigens immer dann erfolgreich, wenn wir uns zuerst um den wirtschaftlichen Erfolg unserer Unternehmen gekümmert haben und im Zusammenhang damit um gerechte Löhne und eine gerechte Verteilung. Politiker wie Helmut Schmidt, Karl Schiller, Wolfgang Clement, Johannes Rau oder Gerhard Schröder stehen für eine solche erfolgreiche Politik der Sozialdemokratie. Wir brauchen nur den Mut sie wieder zu entdecken, liebe Genossinnen und Genossen.

Offenbar ist uns in den letzten Jahrzehnten dieser Kern der Gerechtigkeitspolitik, der die Arbeitsgesellschaft als Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit begreift, teilweise verloren gegangen. Arbeit und gerechte Löhne sind die wichtigste Voraussetzung, um überhaupt soziale Gerechtigkeit und ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

Abendrede Sigmar Gabriel

Deshalb war die SPD immer eine Partei der Arbeit und nicht eine Partei des Sozialstaates.

„Arbeit für alle“ war mal ein Slogan der SPD in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit. Und wir erleben gerade, wie nahezu täglich tausende Industriearbeitsplätze verloren gehen. Arbeitsplätze, die in der Regel gut bezahlt sind, und vor allem auch anständige Renten zur Folge haben. Mag sein, dass dabei der Dienstleistungssektor wächst, aber die Jobs dort werden in der Regel weit schlechter bezahlt als die Arbeitsplätze in der chemischen Industrie, der Automobilindustrie, der Pharmazie, im Maschinenbau oder in der Elektrotechnik. Vor allem die mittelständischen Unternehmen, die das eigentliche Rückgrat unserer Wirtschaft sind, stehen gerade im Feuer.

Und lasst mich das hier mal sagen: es zeugt nicht von besonders viel Sachverstand, wenn aus der SPD heraus immer mal wieder die angeblichen Milliardäre angegriffen und mit neuen Steuervorschlägen überhäuft werden. Das mag ja das sozialdemokratische Herz wärmen, aber der Kopf sollte uns doch sagen, dass das Geld dieser Milliardäre in der Regel in ihren Betrieben steckt und gerade nicht im Casino-Kapitalismus. Und diese mittelständischen Familienunternehmen werden uns möglicherweise nie wählen, aber sie sind trotzdem nicht unsere Gegner oder der Klassenfeind.

Sondern sie sind unsere Sozialpartner in der sozialen Marktwirtschaft. Und diejenigen, die solche Betriebe in ihren Städten und Gemeinden haben, tun in der Regel alles, um sie zu halten, weil sie u.a. auch Eure größten Gewerbesteuerzahler sind. Warum in aller Welt, lasst Ihr zu, dass irgendwelche Deppen aus der SPD unwidersprochen mit solchen irren Forderungen durch die Tagesschau geistern können, die den Eindruck erwecken, wir wären diese Mittelständler am liebsten los?

Ich wünsche mir eine SPD, die sich dieser Herausforderung offensiv stellt. Und das bedeutet, nicht die Augen davor zu verschließen, was denn die Gründe dafür sind, dass wir hier einen dramatischen Verlust industrieller Wertschöpfung haben. Wir hatten immer höhere Arbeitskosten als das in unseren Nachbarländern der Fall war. Dafür waren unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch deutlich produktiver. Aber genau diese Produktivität fällt seit Jahren. Dazu kommen hohe Energiekosten und ein inzwischen unerträglicher Ballast an Bürokratie. Ich bin sicher, dass jeder und jede von Euch Beispiele aus der kommunalen Praxis kennt, die so absurd sind, dass man sich die Hände vor den Kopf hält.

Hohe Arbeitskosten, hohe Energiekosten und ein wachsender Ballast von Bürokratie sind entscheidende Gründe, warum Deutschland an Wettbewerbsfähigkeit und an gut bezahlter Industriearbeit verliert.

Wenn man sich diesen Herausforderungen stellen will, dann steht man vor unangenehmen Entscheidungen: wollen wir uns damit abfinden, dass Planungsvorhaben bei uns aufgrund der Vielzahl an Einspruchs- und Widerspruchsmöglichkeiten viele Jahre brauchen, während das in anderen Ländern wesentlich schneller geht? (Beispiel Japan)

Abendrede Sigmar Gabriel

Können wir uns eine Energiepolitik leisten, die nirgendwo auf der Welt Nachahmer findet?

Wollen wir tatsächlich unseren Unternehmen auferlegen, dass sie Nachweise bis hin zum letzten internationalen Zulieferer führen, dass er sich an unsere Nachhaltigkeitsstandards hält?

Für alle diese Regulierungen gibt es gute Gründe. Aber die Summe bringt in Deutschland inzwischen den Stillstand.

Und auf der anderen Seite vernachlässigen wir Aufgaben, die nun wirklich die Voraussetzung für ein gutes und selbstbestimmtes Leben sind: Jedes Jahr wird eine internationale Vergleichsstudie veröffentlicht, in denen Deutschlands Bildungslandschaft immer schlechter wegkommt. Wie oft reden wir von der großen Bedeutung von Bildung? Und wie sieht die Realität in unseren Schulen allzu häufig aus?

Ich wünsche mir eine SPD, die wieder bundesweit mit Wissenschaftlern, Lehrerinnen und Lehrern, Eltern und Schülern darüber diskutiert, wie eine große Bildungsreform in Deutschland aussehen müsste? Und dann dafür eintritt, dass es doch nicht sein kann, dass wir – durchaus zu Recht – in den kommenden Jahren 500 Mrd. € für die Aufrüstung ausgeben, aber nicht genug Geld haben, um unsere Schulen und Unis zu sanieren, Lehrerinnen und Lehrer einzustellen und dafür zu sorgen, dass die besten Schulen in die schwierigsten Stadtteile kommen. Die SPD muss wieder die Schulen zu den Leuchttürmen unseres Landes machen.

Wie wäre es, wenn wir innerhalb der SPD aufhören würden, den schwarzen Kater zwischen kommunalem Schulträger, Ländern und Bund hin- und herzuschieben, sondern wie in den 70 er Jahren den Mut für einen „Goldenen Plan“ aufbrächten? Damals ging es um die Schaffung von Sportstätten in allen Gemeinden. Heute müsste es um bessere Schulen gehen.

Und lasst mich noch ein Beispiel nennen, bei dem die SPD zeigen könnte, dass sie sich wirklich um die Verbesserung der Lebensbedingungen eines sehr großen Teils unserer Bevölkerung kümmert:

Gerade hat die Bundesgesundheitsministerin der CDU, Frau Warken, den Vorschlag gemacht, in der Gesetzlichen Krankenversicherung die Familienmitversicherung abzuschaffen. Derzeit ist es so, dass meine beiden Kinder keine eignen Beitragszahler sind, sondern alles über mich abgewickelt und bezahlt wird.

Und natürlich haben die SPD-Gesundheitspolitiker sofort Hochverrat am Sozialstaat gerufen.

Bei genauerem Hinsehen muss man aber mal begründen, warum wir das Ehegattensplitting nicht verteidigen, bei dem ja in der Regel die Ehefrauen in die

Abendrede Sigmar Gabriel

Finanzierungsfalle ihrer Ehemänner tappen. Und natürlich ist das bei der GKV_Mitversicherung der Frauen durchaus ähnlich.

Nun bin ich völlig dagegen, die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer zu verringern, in dem der/die mitversicherte Ehepartner/in jetzt voll versicherungspflichtig ist. Aber wie könnte denn eine moderne familienpolitische Antwort der SPD auf diese Forderung der CDU aussehen, die lediglich an das Sparschwein der Arbeitnehmer/innen heranwollen?

Und die Antwort finden wir in der Steuer: Dort sind alle Kinder einer Familie mit einem steuerfreien Existenzminimum pro Kind ausgestattet. Das dürfte derzeit bei etwas mehr als 6.000 € liegen. Bei zwei Kindern zahlen die Eltern also im Jahr 12.000 € weniger Steuern. Ein ziemlicher Schluck aus der Pulle. Das kommt einer Gehaltserhöhung von netto 1.000 € gleich.

50 Prozent der deutschen leben in Familien und knapp 20 Prozent davon am Existenzminimum, deren Nettoeinkommen also so gering ist, dass ihnen nichts anderes übrig bleibt, als am Ende des Monats den Gang zum Sozialamt anzutreten.

Stellt Euch vor, diesen Familien gibt die SPD 6.000 € pro Monat mehr in die Tasche? Wie viele von ihnen, könnten sich jetzt den Gang zum Sozialamt sparen, was gewiss auch viele stolz machen wird, wenn sie ihre Familie allein ernähren können.

Und ja: natürlich kostet das Geld, denn irgendjemand muss ja die Einnahmelücke in der GKV schließen. Berechnungen von vor einigen Jahren kam auf 20 Milliarden Euro Deckungslücke. Heute dürften es vermutlich 30 Milliarden Euro sein. Ein ziemlicher Finanzierungsbrocken, zugegeben.

Aber jetzt mal ehrlich: wenn wir uns zutrauen, die Verteidigung mit einer nach oben offenen Finanzierungszusage von mindestens 500 Milliarden Euro sicherzustellen, dann sollen wir vor 30 Milliarden Euro für unsere Familien Angst haben? Niemals!

Vielleicht muss man diese Berücksichtigung von Kindern bei der Sozialversicherung schrittweise einführen. Aber ich bin absolut sicher: wenn wir das wirklich wollen, dann schaffen wir das auch in vier Jahren. (Zumal wir ja auch Geld beim Kindergeld und anderen Sozialhilfeausgaben einsparen würden.)

Ich nenne dieses Beispiel, weil es klar macht, dass die SPD keinen 360 Grad Blick mehr auf unsere Gesellschaft hat. Seien wir ehrlich: wir reden viel häufiger über Frauenpolitik als über Familienpolitik, obwohl wir großartige Familienpolitikerinnen hatten und 50 Prozent der Deutschen in Familien leben. Ich erinnere an Katharina Focke, Christine Bergmann, Renate Schmidt oder Manuela Schwesig.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich wollte an diesen wenigen Beispielen zeigen, dass es nicht mangelt an Aufgaben für eine Partei der Arbeit und der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Abendrede Sigmar Gabriel

Liebe Genossinnen und Genossen,

eine Volkspartei muss am Puls unserer Gesellschaft arbeiten. Sie muss sich auskennen in den Betrieben, in den Schulen, in der inneren Sicherheit oder dem Wissenschaftsbetrieb. Und es ist bitter zu sehen, wie die SPD diese Fähigkeit einer Volkspartei immer weiter einbüßt.

Und noch mehr muss uns schmerzen, dass eine in großen Teilen rechtsextremistische Partei inzwischen deutlich stärker ist als wir. Bei der Bundestagswahl im letzten Jahr hat uns die AfD zum ersten Mal auf den dritten Platz verwiesen. In den aktuellen Umfragen ist die AfD doppelt so stark wie die SPD. Und nur in sieben Ländern ist die SPD nach aktuellen Umfragen stärker als die AfD, also in nicht einmal der Hälfte der Bundesländer. Dass diese Länder allesamt im Westen liegen, macht die Lage nicht besser, denn auch dort ist die AfD inzwischen durchgehend zweistellig. Die AfD ist kein Ost-Problem mehr.

Und es hilft nichts, diese Wählerinnen und Wähler der AfD mal einfach als Neonazis zu bezeichnen, denn das sind sie in großen Teilen nicht. Vor allem die hunderttausende von Wählern nicht, die bei den Wahlen zuvor noch SPD gewählt haben. Ihr kennt die Zahlen der Wählerwanderungen bei den letzten beiden Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz.

Diese Wählerinnen und Wähler erkennen nicht mehr, dass die SPD wie früher selbstverständlich Anwältin ihrer Interessen ist. Dass sich die SPD für ihre Lebensumstände, ihre Alltagsorgen, ihre Verunsicherung, ihr Unsicherheitsgefühl auf Straßen und Plätzen, ihre Sorgen vor zu hohen Mieten und die teilweise asymmetrische Preisinflation bei bestimmten Gütern und Dienstleistungen interessiert und um Abhilfe sorgt oder wenigstens kämpft.

Aus vielen Gesprächen in vielen Teilen Deutschlands bei oder nach Veranstaltungen erlebe ich genau das, was Ihr sicher viel öfter erlebt als ich. Die Sorge, dass die Lebenshaltungskosten stärker steigen als Löhne und Einkommen. Dass sie Sorge haben um die Bildungschancen und die Aufstiege ihrer Kinder und Enkelkinder. Und diesen Sorgen kann man nur erfolgreich begegnen, wenn man den Menschen wieder Hoffnung macht mit praktischer Politik und der richtigen Setzung von Prioritäten. Das wisst Ihr alle besser als ich.

Nicht alles ist gleich wichtig. Und nicht alles ist gleich dringlich. Und das Wichtige vom Dringlichen zu unterscheiden, gehört natürlich auch dazu. Wer in den großen Städten lebt oder wie Ihr auch politische Verantwortung trägt, weiß, dass die Menschen vier Grund-Sorgen und/oder -Interessen haben: bezahlbarer Wohnraum, ein sicherer Stadtraum, ein guter ÖPNV und gute Bildungs- und Betreuungsangebote.

Mit der Agenda 2010 waren wir schon mal weiter (zugegeben: unter dem Druck der Kanzlerschaft Gerhard Schröders). Entscheidend für mich: Wir haben uns seither nie wieder zu dieser Reform bekannt, sondern mit der Einführung des Bürgergelds (allein

Abendrede Sigmar Gabriel

der Name!) sogar in eine – aus meiner Sicht - völlig falsche Richtung gesteuert. Denn die Bürger hatten plötzlich den Eindruck, dass die SPD sich von ihrer Reformpolitik von vor über 20 Jahren verabschieden und ein bedingungsloses Grundeinkommen light einführen wollte. Hinzu kam, die Menschen sahen die SPD im Abwehrkampf mit sich selbst. Und niemand erklärte den Menschen diese Korrektur der Reform, die nicht nur eine Umwidmung des Begriffs von Grundsicherung auf Bürgergeld war.

Die Folge war, dass die SPD viele Menschen mit der Debatte um die Einführung der Grundsicherung und ihre Erhöhung im Jahr 2024 um rund 12% mindestens irritiert, wenn nicht abgestoßen hat. Eine Partei der Arbeit, die nichtarbeitende Menschen stärker in den Fokus rückt als arbeitende, die hat es schwer, diese Irritation wieder zu beseitigen. Wir haben durch dieses sogenannte „Bürgergeld“ unseren klassischen Wählerinnen und Wählern aus dem Arbeiter- und Angestelltenbereich politisch und programmatisch den Stuhl vor die Tür gesetzt. Es wird viel Arbeit bedürfen, das Vertrauen wieder zurückzugewinnen.

Heute müssen wir rückblickend feststellen: Wir waren nie auf der programmatischen Höhe unserer praktischen Politik und haben seit dem Hamburger Parteitag keine Weiterentwicklung unserer Programmatik geschafft. Vielleicht weil wir immer nur regiert oder mitregiert haben auf Bundesebene. Aber diese Ausrede dürfen wir uns selbst nicht durchgehen lassen. Die SPD war immer eine Programmpartei, aber sie muss gerade jetzt wieder eine politische Standort- und Ziel-Bestimmung vornehmen, weil sich die Zeiten und die Umstände von Politik so radikal und rasant verändert haben.

Was muss sich ändern:

(1) Die Trennung in der SPD von Theorie und Praxis, von Kommunalpolitik und Bundespolitik, müssen wir beenden. Die Bundesparteitage müssen wir wieder zu Spiegelbildern der Gesamtpartei machen. Das sind sie nämlich längst nicht mehr. Ein Beispiel ist das Mitgliederbegehren gegen die Reform des Bürgergelds: Ganze 2.901 Stimmen von ca. 350.000 SPD-Mitgliedern, also weniger als 1%, haben dafür gestimmt. In der Öffentlichkeit haben die Initiatoren des Mitgliederbegehrens aber so getan, als wären sie eine bedeutende Minderheit in der Partei.

(2) Die Beendigung einer inneren Haltung, bei der uns das Recht haben wichtiger ist als das Recht bekommen. Wir müssen endlich wieder Stolz auf das von uns Erreichte in den Mittelpunkt unserer Politik stellen. Wir haben eine klare sozialdemokratische Handschrift im Koalitionsvertrag mit der Union hinterlassen. Wir haben den Bundeshaushalt mit den beiden Sondervermögen erheblich entlastet, indem wir Investitionen in die äußere Sicherheit und in dringend notwendige Investitionen unserer Infrastruktur ausgelagert haben. Aber ein Teil der Partei spricht nur vom fehlenden Viertel des Dreiviertel gefüllten Glases. So erzeugt man alles, nur keinen Stolz auf das Erämpfte!

Abendrede Sigmar Gabriel

(3) Die Rückkehr zu einer Sozialdemokratie, die zumindest früher wusste, dass alles, was wir für soziale, ökologische, kulturelle und internationale Aufgaben ausgeben wollen, zunächst einmal erarbeitet werden muss. Und diese Binsenwahrheit auch aussprechen.

Für die SPD muss wieder klar sein, dass im Mittelpunkt unserer Politik wirtschaftliches Wachstum stehen muss. Ohne diesen wirtschaftlichen Erfolg unserer Unternehmen und ihrer Arbeitnehmer, lässt sich nichts mehr von unseren sozialen, ökologischen oder kulturellen Errungenschaften halten.

Die Folge der Anerkennung dieser Binsenwahrheit ist dann nämlich, dass wir in einer Reformdebatte nicht zuerst danach fragen, welche steuerpolitischen Zusatzerträge wir generieren können, um zusätzliche Spielräume für sozialpolitische oder ökologische Ausgabenerweiterungen zu ermöglichen, sondern dass vor allen anderen Instrumenten oder Maßnahmen die SPD sich um die Sicherung der industriellen Basis unseres Landes, der Investitionsbedingungen für mittelständische Unternehmen, der Förderung von Innovationen in allen Branchen und der gerechten Entlohnung unserer arbeitenden Bevölkerung kümmert und in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen muss.

Innovationsfähigkeit, Investitionsbereitschaft von Unternehmen und Renditeerwartungen bei unternehmerischen Entscheidungen - ob sie hier bei uns investieren oder in anderen Teilen Europas oder der Welt - sind keine Gegensätze zur sozialen Gerechtigkeit, sondern ihre Voraussetzung. Beides sind zwei Seiten derselben Medaille. Und Unternehmerinnen und Unternehmer sind nicht unsere Klassenfeinde, sondern die Sozialpartner in einem bislang einmalig erfolgreichen Modell der sozialen Marktwirtschaft, um das uns noch immer viele Länder der Welt beneiden, weil es eine kulturelle Stärke unseres Geschäftsmodells ist.

(4) Und noch etwas sollte die SPD aufgreifen: denn die größte Sorge in Deutschland dürfte inzwischen wieder die vor Krieg sein. Und so sehr ich dafür bin, uns von den USA unabhängiger zu machen und in Europa und in Deutschland endlich wieder verteidigungsfähige Streitkräfte zu haben, so sehr weiß ich doch auch, dass Waffen allein keinen dauerhaften Frieden schaffen. Wo ist die deutsche und europäische Sozialdemokratie, die Willy Brandts Nord-Süd-Bericht wieder aufgreift, und wieder Wege zu weltweiter Gerechtigkeit und Frieden sucht? Auch wenn diese Suche zurzeit noch utopisch aussehen mag, es hat unsere Partei immer ausgezeichnet, dass wir uns mit Waffen allein nicht abgeben haben.

Die Kernfrage lautet: Ist die SPD bereit, eine wirkliche programmatische Rosskur zu machen, um die SPD als Gesamtpartei zu erhalten? Oder reicht uns die Zweitbesetzung eines linken Nischenbewusstseins zu pflegen (die erste ist die Linkspartei). Das zweite ist die Verständigung auf 10 Prozent.

Abendrede Sigmar Gabriel

Die SPD wird dann zur reinen Funktionspartei – unerlässlich für das Regieren im Bund und in vielen Ländern, aber nicht mehr anschlussfähig zu großen Teilen der Gesellschaft, weil sie sich Schritt für Schritt auf eine Größenordnung von 10 bis 15% hinbewegt.

Will die SPD in dieser Situation, in der uns jüngste Umfragen zeigen, dass unsere Wählerinnen und Wähler nur noch zu 8 Prozent sicher sagen können, dass sie uns beim nächsten Mal auch wieder wählen (bei der AfD sind das 21 % von 26 %), so weiter machen wie bisher, dann wird sie langfristig an Bedeutung und Handlungskraft verlieren und sich von Wahl zu Wahl langsam abschaffen.

Das Ergebnis können wir schon jetzt beobachten: Die SPD „verinselt“. Sie wird noch Regierungschefinnen und -Chefs in einigen Bundesländern stellen, aber es werden von Wahl zu Wahl weniger. Und sie wird daneben weiter beteiligt bleiben in Koalitionen und Länderregierungen, um vor allem in Ost-Deutschland eine Machtbeteiligung der AfD zu verhindern.

Aber das sollte keine ernsthafte Perspektive für unsere Partei sein! Wir sollten mehr wollen, nicht für uns, sondern für die Menschen, denen wir uns verpflichtet fühlen.

Deshalb mein Appell an Euch, der zugleich eine Zumutung ist:

Wenn Ihr als Kommunalpolitiker nicht auf Euren Inseln bleiben wollt, dann müsst Ihr auf die Parteitage, müsst Euch vernetzen, was Ihr über die SGK bereits tut. Aber noch wichtiger: Ihr müsst Euch zu Wort melden und Eure Stimme in der gesamten SPD noch stärker hörbar erheben! Im Rahmen des begonnenen Programmprozesses habt Ihr die Gelegenheit.

Gewiss: Die SPD ist in einer existenziellen Krise, aber das ist nicht wirklich neu. Diese Krise ist aber zugleich eine Chance für unsere Partei – sich wieder mal aufzuladen mit dem Erfahrungshorizont von zigtausenden erfolgreichen Kommunalpolitikerinnen und -politikern. Winston Churchill soll mal gesagt haben: „Never let a good crises go to waste“ – übersetzt: „Verschwende keine Krise – nutze sie“!

Ihr seid wahrlich die letzten Erfolgreichen der SPD - wenn Ihr nicht die letzten Mohikaner werden wollt, dann bitte ich Euch: Mischt Euch ein in die programmatische Erneuerung der SPD. Ich bin überzeugt, wenn Ihr öffentlich Eure Stimme erhebt, wenn Ihr Eure Fähigkeiten, Kompetenzen und praktischen Erfolge bei den lokalen Lösungen politischer Anpassungsprobleme im globalen Wandel öffentlich in Interviews, in Namensartikeln, via Social Media Posts in die mediale Debatte tragt oder pusht, dann wird die SPD wieder als Ort einer bürgernahen Debatte wahrgenommen.

Ich zähle auf Euch, weil ich von Euch überzeugt bin!

Glück auf!